

Nebrer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Nohleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Nohleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 221. — Postsekretion: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 8 Pf., die 50 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 25

Donnerstag, den 27. Februar 1930

43. Jahrgang

Ein Volk in zwei Staaten.

Schobers Berliner Besuch.

Drei Tage hat der österreichische Bundeskanzler Schöber in Berlin mit der Reichsregierung Fühlung genommen. Es ist nicht das erste Mal, daß der österreichische Regierungschef die Hauptstadt des Reiches aufsucht. Auch deutsche Kanzler haben oft genug den Weg nach Wien gesucht und gefunden. Kein Wunder. Denn der Berliner Vertrag kann zwar die politischen Schlagbäume mit Gewalt aufrecht erhalten, aber er kann nicht verhindern, daß — wo nur irgend möglich — diese Schranken übergangen werden. Zu viel ist doch zu wenig haben die Deutschen diesseits und jenseits dieser Schlagbäume immer wieder dem Willen Rusdrud gegeben. Ein Volk, eine Kulturgemeinschaft zu sein, zu bleiben und zu werden.

Wenn Schöber nach seiner Fahrt nach Rom jetzt seinen Fuß nach Berlin gelenkt hat, so ist das nur die Bestätigung dafür, daß an diesem Willen auch im österreichischen Volke sich nichts geändert hat. Daß man heute nur um so härter zueinander steht, als ein Sinalid uns verbindet, das mit dem Kriegsende durchaus nicht seinen Abschluß gefunden hat. Schöber hat in seiner Rundfunkrede auf viele Schwierigkeiten hingewiesen und auch davon gesprochen, daß die vielen tausend Wunden, die uns die letzten 10 Jahre ge schlagen haben, daß ebenso wie die Not des Krieges, das Ende der Nachkriegszeit uns nur noch in höherem Maße einander näher gebracht hat.

Die Nachkriegszeit und auch die nächste Zukunft sind nicht ausgefüllt mit der mühevollen Arbeit an der Wiederaufrichtung dessen, was die Kriegsalalatrie an kulturellem und materiellem Besitz der deutschen Nation vernichtet hat. Diese deutsche Nation aber ist und bleibt, solange der Mahnwiss von Versailles die Schlagbäume bestehen läßt, ein Volk in zwei Staaten. Wie lange noch? Mander hat geglaubt, daß die Zeit viel rascher diesen Mahnwiss beseitigen würde. Vielleicht ist die Geduld noch auf Jahre Proben gestellt. Aber was nützt? Immer wieder bei österreichischen Besuchen in Deutschland und bei deutschen Besuchen in Österreich, und zwar nicht nur bei den Besuchern der Staatsmänner, ihren lebenden Rusdrud der Begeisterung findet, kann nicht gerüttelt werden.

Der Berliner Besuch des Bundeskanzlers trug aber nicht nur den Charakter vorläufiger Verbundenheit. Er hatte eine politische Aufgabe zu erfüllen. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern verlangen nach einer Neuregelung, die jetzt vor dem Abschluß steht. Schöber hat in der Reichstanzlei am Sonnabend und am Montag darüber Verhandlungen geführt, die schließlich eine Einigung über die wichtigsten Grundzüge dieses deutsch-österreichischen Handelsvertrages brachten. Eine Einigung, die die Paraphierung und den Abschluß dieses Wirtschaftsvertrages in unmittelbarer Nähe gerückt hat. Wenn man sich die Bedeutung der Genter Zollfriedenskonferenz formal abwarnt mit zu beschaffen, weil die Zollfrage noch dem Ergebnis dieser Zollfriedenskonferenz nicht unbeschäftigt bleiben können.

Wie auch der deutsch-österreichische Handelsvertrag im einzelnen schließlich aussehen mag, er kann nur eine weitere Etappe auf dem Wege einer Beilegung aller Schranken sein, die noch zwischen Deutschland und Österreich bestehen. Daneben und darüber hinweg wird sich jene Angleichung zwischen Deutschland und Österreich weiter den Weg bahnen, die auf kulturellem Gebiet längst vollzogen ist, und die auch auf dem Gebiete der Rechtspflege immer weitere Fortschritte macht. Ein österreichisches Blatt hat davon gesprochen, daß Schöber durch den Abschluß des Vertrages mit Italien die große Aufgabe Österreichs erfüllt habe, die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien weiter günstig zu gestalten. Man preist die Politik, die zwar nicht Mittel, aber Träger eines guten Willens sein.

Schöber ist jetzt wieder nach Wien zurückgekehrt. Die Eindrücke, die er aus Deutschland mitnimmt, können, das hat er selbst ausgesprochen, nur flüchtig sein. Denn ein so kurzer Besuch eines Staatsmannes, angefüllt mit einem Ueberflus volkswirtschaftlicher Empfindungen, bietet keine oder nur wenig Möglichkeiten, den Kontakt persönlicher Art herzustellen, den man den beiden Regierungen eines Volkes nur wünschen kann. Schöber scheint die Müdigkeit zu haben, diesen flüchtigen Besuch einen intensiveren folgen zu lassen. Er wird dabei, wenn er sich über die Gefühle der Reichsdeutschen ein klareres Bild noch schaffen will und wenn er vor allem die wirtschaftlichen Fäden daraufhin prüfen will, ob sie zwischen Österreich und Deutschland nicht noch enger geknüpft werden können, die gleiche herzliche Aufnahme finden. Vielleicht wird bei der neuen Gelegenheit auch die Mög-

lichkeit gegeben sein, die Frage, die allen auf der Junge schwebte, die die ganzen Verhandlungen unausgesprochen beherrschte, auf die jeder bei uns in Deutschland, jeder drüben in Österreich wartete, zu ventilieren, die Frage, wann denn nun endlich die schwarzgelben Grenzpfähle fallen, wann endlich aus dem Volk in zwei Staaten, das eine, das große deutsche Vaterland sich ergebe. Genügt nicht der selbstverständlichen Forderung der Versailleser Vertrag entgegen, aber wie so manches an diesem Dokument des Haffes und der Ungerechtigkeit schon geändert worden ist, wird auch der Paragraph fallen, der der Vereinigung widersteht, wird weichen, weil Recht und Gerechtigkeit im „Zeitalter der Völkervereinigung“ endlich triumphieren müssen.

Deutsch-österreichischer Handelsvertrag.

Die politischen Besprechungen zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Schöber und der deutschen Reichsregierung wurden in der Reichstanzlei zu Ende geführt.

An den Besprechungen, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Müller stattfanden, nahm der gleiche Kreis von Teilnehmern wie am vergangenen Sonnabend teil. Der Sitzung waren Einzelgespräche wirtschaftspolitischer Art vorausgegangen. Auf dieser Grundlage konnte in der Aussprache über den geplanten Handelsvertrag zwischen Österreich und Deutschland eine Einigung über die wichtigsten bisher noch offenen Fragen erzielt werden.

Es kann daher mit Bestimmtheit erwartet werden, daß der österreichische Handelsvertrag binnen kurzen zum Abschluß gelangen wird. Die noch zu bereinigenden Einzelfragen werden sofort nach Beendigung der Genter Zollfriedenskonferenz durch die beiden Abordnungen erledigt werden.

Chautemps gestürzt Ende des fünf-Tage-Rabinetts

Paris, 26. Februar.

Das neue französische Kabinet **Chautemps**, das am gerade fünf Tage am Ruder war, ist in seiner ersten Kabinetts-Sitzung gescheitert. Chautemps stellte bei einer Frage über die Tagesordnung die **Vertrauensfrage** und wurde dabei mit 292 gegen 277 Stimmen **abgewählt**. Unmittelbar darauf trat das Kabinet zurück und begab sich nach am Abend zum Präsidenten der Republik, um ihn die Demission zu überreichen.

Schon die Debatte, die sich über die Regierungserklärung Chautemps entpann, ließ erwarten, daß das Kabinet einen schweren Stand haben würde. So war ihm schon der erste Interpellant, der Abg. Paul Renaud, der der fraktion Maginot angehört, vor, daß Chautemps sich bei der Regierungsbildung selbst verleugnet habe. Der linksradikale Abg. Verroux erklärte, daß die fünf Abgeordneten der radikalen Fraktion, die der Regierung angehören, ihre Fraktion nicht vorher betragt hätten und daher nicht auf Unterstützung rechnen dürften. Im Laufe der Beratungen ergriff Chautemps selbst das Wort zu einer langen **Verteidigung**, in der er auf ein, wie er selbst sagte, behabendes Arbeitsprogramm hinwies und jene rechtsstehenden Abgeordneten, die mit zu Carleus Sturz geholfen hatten, beschwor, sich wenigstens der Stimme zu enthalten. Diese Beschwörungen hatten jedoch keinen Erfolg, und die Kammer nahm die erste Gelegenheit wahr, um den Sturz des Kabinetts zu betreiben.

Das Völkerbundsekretariat.

Deutsche als Beamte beim Völkerbund.

Berlin, 25. Februar.

Angesichts der Erörterungen über die Beilegung der leitenden Beamtentellen des Völkerbundes wird eine Ueberlist über die Deutschen, die leitende Stellen beim Völkerbund innehaben, veröffentlicht.

Als **Untergeneralsekretär** ist der frühere Genand **Dalour-Personne** tätig. In der politischen Abteilung wird **Deutschland** durch Herrn **Reichardt** vertreten, in der **Rechtswissenschaftlichen** durch Herrn **Branden**, in der **Wirtschaftswissenschaftlichen** durch Herrn **Weg** und **Huglein**, in der **Wirtschaftswissenschaftlichen** durch Herrn **Wolke**. Die **Abteilung für geistige Zusammenarbeit** leitet Herr **Schmid**, in der **Verkehrsabteilung** ist Herr **Wieternich**, in der **Hygieneabteilung** **Professor Olsen** und in der **Publizistikabteilung** Herr **Schmalz** tätig.

Das deutsche Mitglied der Informationsabteilung, Herr **H.** wird mitgeteilt worden, ausgeschieden. Das Berliner Büro der Informationsabteilung des Völkerbundes leitet Dr. **Terdan**.

Die dritte Lesung des Youngplans.

Reichsregierung und Eintrage.

Berlin, 25. Februar.

Erst nach Rückkehr des Reichsfinanzministers **Moldenbauer**, der zu einem kurzen Aufenthalt nach Köln gereist ist,

wird die endgültige Formulierung des Vorlages des Reichsfinanzministers über die **Deckungsfrage** erfolgen. Reichsfinanzminister **Diétrich** ist ebenfalls aus Genf in Berlin wieder eingetroffen, um bei den wichtigen Kabinettsentscheidungen dieser Woche amtiert zu sein. Wie verlautet, wird die Regierung von sich aus jedenfalls daran festhalten, daß über die **Deckungsfrage** vor Abschluß des **Youngplans** Klarheit geschaffen wird.

Wann zeitlich die zweite und dritte Lesung der **Younggelei** im Reichstag stattfinden kann, läßt sich im Augenblick überhaupt noch nicht übersehen. Aber Voraussicht nach werden die vereinigte Ausschüsse nach bis zum Ende der Woche mit ihren Beratungen zu tun haben. Die vorgelegte **Bank** in der **Polenabstimmung** wird wahrscheinlich nicht voll zur Auswirkung kommen, sondern in politischen Kreisen wird damit gerechnet, daß die zweite Lesung am **Donnerstag** der nächsten Woche beginnt. Die dritte Lesung ist unmittelbar anschließend oder zu weichen Zeitpunkt stattfinden wird, das ist vorläufig noch vollkommen unübersichtlich, da diese Frage ja im Zusammenhang mit der Einigung über die **Finanzfrage** steht.

Kampf um das Polenabkommen.

Der Ausschuß zur Beratung der Younggelei.

Berlin, 26. Februar.

Die vereinigte Reichstagsausschüsse zur Beratung des **Youngplans** führten die vertrauliche Beratung des **Polenabkommens** zu Ende. Im Mittelpunkt der Erörterung stand die **Enteignungsfrage**. Daneben wurde weiter die Frage besprochen, ob das **Polenabkommen** von der Erledigung der übrigen **Younggelei** abgetrennt werden soll.

Die Reichsregierung leiste dabei dem Ausschuß die politischen Gründe aneinander, aus denen sie an einer gleichzeitigen Erledigung des **Polenabkommens** unbedingt festhält, obwohl sie sich vor dem Standpunkt vertritt, daß ein rechtlicher Zusammenhang nicht besteht. Die **Wahrnehmung** über das **Polenabkommen** wird im Ausschuß erst am **Ende** der gesamten Beratungen zusammen mit der **Beratung** über den ganzen **Youngplan** stattfinden.

Die Arbeiten des Ausschusses werden mindestens noch bis **Donnerstag** abend dauern. Verstehtlich nimmt man sogar an, daß sie noch vor dem **Samstag** in Anspruch nehmen werden. Das **Reichstagsplenum** wird sich spätestens am **Freitag** dieser Woche bis zum **Donnerstag** nächster Woche versammeln. Die zweite Lesung der **Younggelei** würde dann am **Donnerstag** nächster Woche beginnen. Die endgültige Disposition wird der **Reichsversammlung** zu treffen haben, der wahrscheinlich am **Mittwoch** zusammentritt.

Die Rechnungen des Reichsfinanzministers.

Verzierung der Fälligkeitstermine. — Die Ueberüberweilungen.

Berlin, 26. Februar.

Nach der Rückkehr des Reichsfinanzministers **Moldenbauer** ist man im Reichsfinanzministerium mit der endgültigen Formulierung der **Vorschläge** beschäftigt, über die die **Reichsregierung** endgültig zu entscheiden haben wird. Es sind im besonderen die **Posten** der **Einnahmeseite** noch einmal genau durchgeprüft. Bei den jetzigen **Steuererträgen** liegt das **Mißlo** bei der **Vermögenssteuer**, bei der **Umsatzsteuer** und bei dem **Ertragsmonopol**. Dieses **Mißlo** wird auf **110 Millionen** **Mark** geschätzt, wovon auf das **Reich** **95 Millionen** **Mark** entfallen. Es ist deshalb erörtert worden, eine **Reinver** in Höhe von etwa der **Hälfte** des **Mißlos**, und zwar von **45 Millionen** **Mark**, in den **Etat** einzuflechten.

Gewisse **Möglichkeiten**, für das **Jahr 1930** zu einem **Ausgleich** zu kommen, liegen noch in der **Verzierung** der **Fälligkeitstermine**. Hier könnten als **einmalige** **Steuererhöhung** bei der **Zabafsteuer** **30 Millionen**, bei der **Werte** **steuer** **30 Millionen**, bei der **Zabafsteuer** **14 Millionen**, bei den **Zabafsteuererträgen** **3 Millionen** und bei den **Zabafsteuererträgen** **3 Millionen** herbeigeholt werden. Das würde eine **Einnahme** von **82 Millionen** **Mark** bringen, die jedoch nur **einmalig** ist.

Bei der endgültigen **Etat**aufstellung spielt naturgemäß die **Sanierung** der **Verderbets** auch noch eine **große** **Rolle**. Für diese **Sanierung** kommt in Frage entweder eine **erhöhte** **Verzierung** des **Reichs** oder es muß her aus der **Steuer** **einsteuere** für **Zweck** des **Baumarktes** aufzunehmende **Be**trag **geführt** und ein **entsprechender** **Be**trag für **Ver** **stärkungen** **eingesetzt** werden.

Das Notopfer

Zentrum und Bayerische Volkspartei fordern Hinzuziehung aller Wertigkeiten.

Berlin, 26. Februar.

Die parlamentarische Lage wird im Reichstag keineswegs so aufgeregt beurteilt, wie es noch einmal Teil der **getragten** **Abendpresse** scheinen könnte. Aus führenden **Zentrum** **kreisen** wird entgegendet **be** **kl** **rt** **e**, daß eine **Ver** **einbarung** oder etwas **Ähnliches** mit der **Sozialdemokratie** über das **Notopfer** vorliegt. Ein **erheblicher** **Teil** der **Zentrum** **fraktion** ist **übrigens** **eben** **so** wie die **Bayerische** **Volkspartei** für ein **Notopfer** nur unter der **Voraussetzung** zu haben, daß es **allen** **Wertigkeiten**, also auch der **be** **schäftigten** **Ar** **beit** **er** **sch** **af** **t**, aufzulegen würde. Man

gläubt im Reichstag aber nicht, daß die Sozialdemokratie eine solche Lösung mitmachen würde. Nimmt man noch die grundsätzliche Unversöhnlichkeit der Deutschen Volkspartei und namentlich des Reichsfinanzministers Dr. Mohlenhauer gegen das Notopfer hinzu, so ergibt sich, daß die Aufwindung der Abendpulle den Deutschen zum mindesten sehr weit voraus eilt. Entschädigende Verhandlungen, die die parlamentarische Situation klären könnten, werden unter diesen Umständen erst nach der heutigen Kabinettsitzung erwartet.

„Unsere Geduld ist zu Ende“

Ein Notruf der ostpreussischen Landwirte.

— Königsberg i. Pr., 26. Februar.

Die ostpreussische Landbaubewegung hat an den Generallandtagsdirektor, die Landesbank der Provinz und den Staatskommissar zur Stützung des ostpreussischen Güter-Marktes, Königsberg, folgende Entschädigung übermitteln: „Die Not des ostpreussischen Landvolkes ist den zukünftigen Behörden in eindringlichster Weise seit Jahren vor Augen geführt worden. Die Notabilität, welche Wohlwille hätte leisten können, ist versessen, aber nicht geeignet. Wir wollen die ostpreussische Scholle erhalten für Land und Staat und sind deshalb zurzeit nicht in der Lage, die rückständigen und weiter fälligen Zinsen auszubringen. Den Ihnen müssen wir daher verlangen, daß Sie, den Zuteilnehmern Rechnung tragend, die angelegten Zwangsversteigerungen zurückziehen und die genannten Zinsen bei allen denen niederzuschlagen, die gewinnlos sind, wie aus der Substanz zu bezahlen.“

Unsere Geduld ist zu Ende. Wir erwarten bis zum 10. März Ihre klare Zusage, daß Sie obigen Verlangen nachkommen. Erfolgt keine Zusage oder Weisung bis zu dem genannten Termin, so werden wir den Kampf aufnehmen. Schlichter an Schlichter werden die mitbestimmten Männer sich schickend vor das Gebe der Räter stellen.“

Im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium.

Eine Erklärung des Thijssen-Kongresses.

— München (Nachr.), 26. Februar.

Direktor Dr. Späth vom Thijssen-Kongress übertrug dem DHD, zu den in der Presse verbreiteten Gerüchten über angebliche Willigungserklärungen an das Ausland in der Kriegszeit folgende Erklärung:

„Namens sämtlicher Herren, welche die Thijssenwerke als verantwortliche Direktoren während des Krieges geleitet haben, habe ich in meiner Eigenschaft als geschäftsführender Direktor des Thijssen-Kongresses zu den Mitteilungen in den Zeitungen über die angebliche Erklärung eines Ermittlungsverfahrens zu erklären, daß weder einer der Herren Thijssen noch einer von uns Direktoren noch eine Firma des Thijssen-Kongresses bisher von einer Strafanzeige oder der Erklärung eines Ermittlungsverfahrens gegen uns Kenntnis hat.“

Zur Sache selbst haben wir zunächst ganz allgemein zu erklären, daß sämtliche Erklärungen unserer Werke während des Krieges in vollem Einvernehmen mit den zukünftigen deutschen Behörden erfolgt sind. Darunter befindet sich selbstverständlich keine Erklärung an das feindliche Ausland. Stadelbrant haben wir während des ganzen Krieges überhaupt nur an die deutsche und österreichische Bevoormaltung geliefert.

Die Lieferung von Instandhaltungsmitteln an die holändische Regierung erfolgte im vollen Einvernehmen mit dem Kriegsministerium in Berlin. Alle Einzelheiten der Lieferung und der Preisberechnung wurden vorher mit den zukünftigen deutschen Behörden vereinbart, welche an holändischen Gegenleistungen Interesse hatten.“

Nach der Firma Krupp liegt eine Mitteilung von der Einstellung eines Ermittlungsverfahrens bisher noch nicht vor. Es könne also auch zu den Behauptungen noch nicht Stellung genommen werden.

Die deutschstämmigen Bayern in Rußland.

Neue Auswanderungswelle im Frühjahr.

— Moskau, 26. Februar.

Wie zuverlässig verlautet muß damit gerechnet werden, daß angesichts des gegenwärtigen politischen Kurzes in Sowjetrußland, der sich im besonderen gegen die Bayern richtet, im Frühjahr eine neue große Auswanderung deutschstämmiger Bayern vor sich geht.

In der Ukraine, in der Gegend von Charkow, aber auch in anderen Gebieten hoffen die deutschen Bayern in Rußland im Frühjahr nach Amerika auszuwandern zu können. In D. W. hat man den Vertreter der Kommunisten erklärt, daß die Bayern nach Amerika gehen wollten und nicht in die Kommunen.

Von Sowjetseite wird auswärts gegen die deutschstämmigen Bayern Stellung genommen und es wird erklärt, daß auch für deutsche Bayern, die mit der Auswanderung drohen, keine Ausnahme gelten dürfte.

Friede im Yemen.

Das Abkommen zwischen Faisal und Ibn Saud.

— London, 26. Februar.

Die Zusammenkunft zwischen König Faisal von Irakgebiet und dem Wahabitenkönig Ibn Saud hat im Verlaufe des Ganges mit einem vorläufigen Abkommen geendet. Von beiden wurde ein aus 19 Punkten bestehendes Protokoll paraphiert, das u. a. folgende Bestimmungen enthält:

1. gegenseitige Anerkennung der Unabhängigkeit des Irak und des Reichsgebietes; 2. Errichtung eines künftigen Grenzkommissionen, ähnlich der Kommission, die kürzlich unter dem Dreimächtevertrag zwischen dem Irakgebiet, dem Irak und Großbritannien errichtet worden war; 3. Verpflichtung, alle Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Vertrages auf friedliche Weise zu regeln; 4. die Forderung des Irakgebietes auf Entschädigung für die Schäden bei den Ueberfällen der letzten Jahre möglicherweise Ermüdung zu unterziehen.

Im Anschluß an die Verhandlungen zwischen den beiden Königen fand eine Zusammenkunft zwischen Ibn Saud, Faisal und dem britischen Oberkommissar des Irakgebietes statt.

Aus dem In- und Auslande.

Handelsmonopolisierung mit Danzig.

Berlin, 26. Februar. Die schwedische Großhandelsgesellschaft (Rezees) hat mit dem Reichshand Danzig eines Monopol-

Vertrag über die Beschaffung und den Verkauf von Zündhölzern auf die Dauer von 45 Jahren abgeschlossen. Die Zündholzgesellschaft leistet an Danzig eine einmalige Zahlung von einer Million Danziger Gulden und gewisse Jahreszahlungen. Außerdem gewährt die Zündholzgesellschaft Danzig eine Anleihe von einer Million Danziger Gulden zu 6 u. 8. bei einem Ausgabebetrag von 80 u. 9. Der Vertrag tritt in Kraft, sobald er vom Danziger Parlament ratifiziert ist.

Schweizer Reise nach Paris.

Paris, 26. Februar. In Paris unterrichteten Kreise ist man der Ansicht, daß die bevorstehende Reise des österreichischen Bundeskanzlers Schöber nach Paris die Möglichkeit geben wird, Verhandlungen über die endgültige Regelung der österreichisch-ungarischen Vorfrage zu führen. Wahrscheinlich wird der Bundeskanzler auch die Gelegenheit benützen, um die Frage der österreichischen Bundesanleihe zu verhandeln, die im Juni oder Juli auf ausländischen Finanzplänen untergebracht werden soll.

Daager Abkommen im Nationalrat genehmigt.

Wien, 26. Februar. Der Nationalrat hat in Anwesenheit des aus Berlin zurückgekehrten Bundeskanzlers Dr. Schöber und sämtlicher Minister das Daager Abkommen mit den Freundschaftsvertrag mit Italien genehmigt. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Ellenbogen gab eine Erklärung ab, daß die Sozialdemokraten für den Vertrag mit Italien stimmen, aber eine Einseitigkeit Dekretes in die italienisch-österreichische Grenze bestärken werden. Die österreichischen Sozialdemokraten würden nicht darauf verzichten, das Volkswort gegen die Anhebung und Entnationalisierung Sibirolo zu äußern. Der Sitzung wohnte der italienische Gesandte in Wien ein.

Die VZJ-Vorlage in der Schweiz genehmigt.

Bern, 26. Februar. Der Schweizer Ständerat hat eben wie der Nationalrat den beiden Regierungsvorlagen über die Staatsverträge wegen Heberstellung der internationalen Reparationsbank in der Schweiz einstimmig mit einer Stimmenmehrheit zugestimmt. Dem unbestimmten Staatsvertrag, der dem Volksentscheid unterliegt, wurde im Nationalrat mit 110 gegen 2 kommunistische Stimmen zugestimmt. Die Zahl der Enthaltungen ist als nicht unbedeutend.

Zur Rückkehr Aman Allahs nach Afghanistan.

Konkhanopol, 26. Februar. Aman Allah soll in den nächsten Tagen wichtige Besprechungen mit dem persischen und sowjetrussischen Vorgesetzten haben. In der bevorstehenden Besprechung Aman Allahs mit Surtich soll die Rückkehr Aman Allahs nach Kabul über die Souveränität erörtert werden. Die russische Regierung wird die Durchreise im Einverständnis mit Nadir Khan gestatten. Ferner wird Aman Allah ein Militärflugzeug für den Flug von Kabul nach Kabul zur Verfügung gestellt. Russische amtliche Kreise erklären, daß Nadir Khan gewisse Verbindungen habe.

Resolution in San Domingo.

Santiago, 26. Februar. Im Norden der dominikanischen Republik sind im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen ernste Unruhen ausgebrochen. Den Revolutionären soll es bereits gelungen sein, die Festung Santiago zu erobern, in der der Präsident Vasquez und der Abgeordnete Alfonso Schuch gefangen hatten. Von da haben sich die Revolutionäre nach Süden geschoben und vertrieben auf die Hauptstadt Santo Domingo zu. Die Familien der leitenden Beamten der Republik haben in der amerikanischen Gesandtschaft Zuflucht gesucht.



Aman Allah wird wieder König von Afghanistan.

Aus der Umgegend

Nebra, 27. Februar.

— Theaterfahrt. Die Verteilung der Theaterarten findet Sonnabend abend 8 Uhr im „Reichshaus“ statt.

— Für Stahlhelmkameraden bietet sich am Sonnabend im Gahhof „Zum Schweizerhaus“ in Wlgenburg gute Gelegenheit zum Verbringen einiger schöner Stunden im Kameradenkreise. Der Jungstahlhelm der Kreisgruppe Nebra veranstaltet einen Kampagne-Wall, der noch durch eine Theateraufführung eine Ergänzung finden wird.

— Schachspieler werden zu Sonntagmorgen für die städtische Bahnhofsverwaltung gelüdt. Ein Preisfall ist angelegt und wer sein Sandwett verliert, kann dabei gewinnen. Für gute Beiwirtung ist bekanntlich auf unterm Bahnhofs alle beste gelogt.

— Das Sängereff in Nebra am 24. und 26. Mai d. J. beschlossene am Sonntag in Rosleben den Festausflug, der sich mit der kaufmännischen Vorarbeiten befaßt. Am Vorabend (24. Mai) werden die städtischen Gesangsvereine Festsitzungen an geeigneten Plätzen der Stadt veranstalten und dann soll Kommissar mit Vorführung des prächtigen Films „Das deutsche Volk“ von Georgelangen begleitet, stattfinden. Wagners „Einzug der Gäste auf der Wartburg“ soll als größeres Chorwerk eingeleitet werden. Im Rahmen des Festes wird auch die Fahnenweihe und das 70jährige Vereinsjubiläum unseres Männergesangsvereins begangen werden.

— Nachahmervort für Vereine. Während in der heutigen Zeit sehr viele Vereine an ihre ohnehin schon stark belasteten Gemeinden herantreten und für ihre Zwecke geeignete Plätze verlangen, bei deren Herfindung aber keinen Finger krümmen wollen, wie sie der Ansicht sind, „der Dreck von oben“, steht ihnen zur Seite, die der im Jahre 1905 in Vollenborn gegründete Turn-

verein eine andere Ansicht vertreten, die als nachahmervort bezeichnet werden muß. Auf Anregung des damaligen Turnleiters Lehrer Grunewitz überließ die Gemeindeverwaltung dem Turnverein einen freistehenden Berg in Hähnenhöhe von 1 1/2 Morgen zur Selbstherstellung eines Sportplatzes. So mancher Verein würde doch froh sein, „da wo sollen wir mit diesem Berg, er eignet sich doch für unsere Zwecke nicht.“ — Die Turner in Vollenborn aber sagten das nicht, sondern sie stellten einmütig die Parole auf: „Frei ist unser Berg!“, obwohl die zu leistende Arbeit geradezu unübersehbar war. Der Berg wurde abgetragen, planiert, große Geländebereiche abtrassiert und in der Aufschüttungsbahn auf Nummer-Nachberei bereiteten. Viel und schwere Arbeit wurde in den ersten Jahren geleistet, gelohnt wurden auch vom Verein beglückte Hilfskräfte mit hinzugezogen, aber die tatsächliche Größe des Berges hätte nach der Abtragung, nach einer etwa halbjährigen Aufbaumarbeit, nach Herbst d. J. die Arbeit weit aufgenommen und es ist eine Freude zu sehen, wie ohne jegliche Entschädigung, nur aus Liebe und Interesse für den Verein die jüngsten wie die ältesten Turner Sonne und Bergwerk mit Bergeln, Gärten und Schänken arbeiten, um das Werk zu vollenden. Am Abtransport der Gesteinsmassen ließen Skapponen, aber der Feldbahngleise zur Verfügung. Lehrer Grunewitz hat es für Ehrenpflicht, jede freie Stunde dem Verein zur Verfügung zu stellen; aber nicht nur die Mitglieder, sondern auch viele Väter von Jugendturnern finden sich zur Mitarbeit ein, um es zu ermöglichen, daß recht bald der Sportplatz fertig wird und die belagerten freie Liegeplätze des Vereins der Gemeinde an den Turnern erfolgen kann. Am letzten Sonntag hatten sich nicht weniger als 45 Mann zur Arbeit auf dem Plage eingefunden und es gehen die Winterarbeiten jetzt mit Regensarbeiten vorwärts, wobei über die vielen Einwohnern nicht für möglich gehalten wurde, daß zur Zufriedenheit der Turnvereine Vollenborn einige photographische Aufnahmen während der Arbeit antworten zu lassen. Am 6. Juli d. J. feiert der Verein sein 25jähriges Stiftungsfest, verbunden mit der Einweihung des Sportplatzes; die Vorbereitungen zum Feste sind bereits im Gange. Möge nun jedes Mitglied es als Pflicht betrachten, daß Lustreise, der die Eingeliet und Schaffensfreudigkeit des Vereins bilden könnte, ferngehalten wird und in der Zumeren anderen Vereinen ein Vorbild werde.

— Auslandsfahrten von Schülern. Die nach dem Ende der Anstalt eingehenden Fahrten von Schülern nach Italien und Ausland haben damals und bisher auch gelegentlich nach zu Mühseligkeiten geführt, die darauf zurückzuführen waren, daß einzelne Reisen nicht genügend vorbereitet waren, fahrfähige Führung fehlte und die Reisen sich in dem kurzen Zeitraum der Sommerferien in einzelnen Ländern zu sehr häuften. In den Jahren 1924 und 1925 hatte daher das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stark einschneidende Bestimmungen erlassen und insbesondere die Genehmigung des Regierungspräsidenten für jede Reise vorgeschrieben. Durch einen neuen Erlass des preussischen Kultusministers werden diese Einschränkungen nunmehr aufgehoben, da eine gewisse Bekanntschaft auf dem Gebiete eintritt, ist gleichmäßig aber vorzüglich die Schulreise selbst für die Vorbereitung, der richtige Ausmaß der Schüler und der Führung, Bekanntschaft auf einen kleinen Kreis usw. verantwortlich ist und Beratung durch das Auswärtige Amt und Auslandsvertretung sicher gestellt wird.

— Hofleben. [Von der Schule.] Die an der hiesigen Schule tätige Lehrerin Fräulein Schlichte bestand vor beendeter Schulferien die Abnahme ihrer mehrjährigen Lehrverpflichtung mit. Mit dem besten Ehrgefühl bestand Herr Lehrer Hoff an der Schule in Wendenstein die gleiche Prüfung.

— Raumburg. „Spezialisten“ für Schulen. Noch immer sind die Einbrecher unbekannt, die in diesem Winter ihr Wesen trieben. In der letzten Woche wurden in zwei Nächten fünf Einbrüche verübt, und zwar drangen die Täter mittels Nachschlüssels in die Direktorzimmer der Mittelschule, des Realschulgebäudes und der Oberrealschule. Die Beute war ganz unbedeutend. Ferner drangen sie in zwei Kontore am Bahnhof ein und nahmen in dem einen Falle eine etwa einen Zentner schwere Stahlplatte und ein Hundeschlüssel mit, in dem anderen die Vorratsliste mit Namen und Briefmarken.

— Wierzbog. Mit einer Wierzbog niedriger gelagerten Morgens gegen 3 Uhr wurde der freitragende Hof auf dem Hofwege nach Beuna von einem bisher noch unbekanntem Manne überfallen und mit einer Wierzbog niedergeschlagen. Der Überfallene erlitt schwere Verletzungen und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

— Weimar. W. i. m. a. e. s. e. l. o. g. A. p. o. d. a. m. i. t. W. a. l. e. r. Die Detektorquellen, von denen Apolda kein Wasser erhielt, sind vollkommen repariert und die Stadt ist durch den Wassermangel in schwere Verdrängnis geraten. Sie hatte sich deshalb an die Thüringer Regierung gewandt, die sofort eine Dringlichkeit vornahm. In einer Verhandlung, an der Vertreter des Ministeriums, der Stadtverordneten Weimar und Apolda sowie des Landesbauamts und der Landesanstalt für Gewässerbau teilnahmen, hat sich Weimar bereit erklärt, Apolda mit Wasser aus dem Weimarer Wasserwerk auszuheilen, soweit das ohne Gefährdung der Weimarer Wasserleitung möglich ist. Die Wasserlieferungen haben bereits begonnen.

— Weiningen bei Weimar. Festhülle des Kindes. Ein Knabe, der den Inhalt einer Wirtshauskammer auf dem Feld entdeckte, bemerkte zwei Kindesbeine (aus dem Dung. Bei einer Unterungung der Wirtshauskammer fand man auch die Schilde des Kindes vor. Man nimmt an, daß eine im Sommer hier hochtätige Polin das Kind heimlich geboren und sich seiner entledigt hat. Die Polin ist inzwischen in ihre Heimat zurückgekehrt; ihre Spur dürfte schwer aufzufinden sein.

— Hilsen. Beim Spiel in den Tod. Der zweiwöchige Sohn des Schlossers D. H. H. hat beim Spiel in einem unbedachten Augenblick über die Straße, und wurde von einem vorbeifahrenden überfahren. Er starb kurze Zeit darauf.

— Zeit. Wehrausgaben beim Wasserwerk. Die letzte Stadtvorstandensversammlung befaßte sich mit der Abrechnung über die Erweiterungsbauten beim Wasserwerk, die eine Ueberführung des Wasserwerks nach 112 1/2 Meter zeigt. Beim Wasserwerk allein wurde der Voranschlag um 104 Prozent überschritten. Der Desernent begründete die Uebererschreitungen damit, daß — mit Rücksicht auf den jetzt überhöhten Zustand der Anlagen — der Voranschlag viel zu niedrig angesetzt worden sei. Die bürgerliche Fraktion beantragte, die Entlastung nicht zu erteilen, was jedoch abgelehnt wurde.

Aus Holz und Eisen.

Leipzig. Schlußnahme von der Straßenbahn für 1929. Am Dienstag wurde in der Sächsischen Straße der Sächsischen Schulstraße 6 beim Ueberkreuzen der Straßenbahn von einem kabinenwärtsfahrenden Straßenbahnwagen der Linie 11 erfasst. Er geriet unter die Schienenführung des Motorwagens und wurde schwer verletzt. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus ist er seinen Verletzungen erlegen. Der Knabe soll beim Ueberkreuzen der Straßenbahnlinien ausgerastet, hingestürzt und von dem inzwischen herankommenden Straßenbahnwagen erfasst worden sein.

Dresden. Durch Seifenpulver getötet. Als der 12. Jahre alte Sohn des auf der Büttelbaustraße wohnhaften Grafen von Helmreichstein in einem unbeschrifteten Glas eine Lute mit Seifenpulver vom Küchentisch herunter, lötierte er sich den feinen Seifenhaub über Kopf und Gesicht, wodurch eine Entzündung innerer Organe hervorgerufen wurde. Wie die Mütter berichten, stürzte der Knabe bereits kurz nach seiner Enttötung in die Kinderheilkunst.

Dresden. Aus Sorgen mit dem Sohne in den Tod. Eine 40jährige Witwe und deren 13jähriger Sohn wurden in ihrer Schlafkammer auf der Bürgerstraße mit Vergiftung verstorben. Die Ursache wurde erst in der vergangenen Nacht aus Katala, wo das Kind bisher untergebracht war, in Dresden eingeführt. Die Zimmerluft war verriegelt und der Gashahn geöffnet. Es wird angenommen, daß die Frau zu der Tat getrieben worden ist, weil sie für ihren Sohn, der Eltern die Schule verläßt, kein Unterkommen finden konnte. Die Gauerthoffstraße der Feuerwehr blieb erfolglos.

Hauen. Lebensmüde Bauarbeiter. Hier vergiftete sich der 49 Jahre alte Baumeister Meinel mit Vergiftung. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist nicht bekannt.

Hauen. Beieinem Brande schwer verletzt. Hier geriet ein Hüttenarbeiter einer Fabrik am Anterzen Bahnhof in Brand. Dabei erlitt der 37jährige Arbeiter erhebliche Brandwunden und mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wo er jetzt noch nicht vernehmungsfähig ist.

Trier. Kleine Ursache. Im Trierer Rathaus wurden durch Kurzschluß, der einen Brand verursachte, die im Zimmer des Oberbürgermeisters zusammenlaufenden Klingeleitungen in Tätigkeit gesetzt. Dadurch wurde man sehr schnell auf den Brand aufmerksam, der bald gelöscht wurde.

Kreisruhe. Eingeladene Gemeinde. Glücklich daran ist die kleine bairische Gemeinde Dornberg. Sie befißt so viel Wald, daß die Bürger seit Jahren keine Abgaben zu zahlen brauchen. Jetzt sieht die Gemeinde ihnen noch je 8 Kubimeter Holz und 100 Holzweilen.

Bekanntmachung.

Am 1. März d. J. findet eine Schweinezuchtgenossenschaft statt. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Zählung lediglich statistischen Zwecken dient und für steuerliche Zwecke nicht verwendet wird. Es wird daher ersucht, den Zählern auf alle Fragen bereitwillig Antwort und Auskunft zu geben.

Wer vorsätzlich eine falsche Angabe macht, kann auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 30. 1. 1927 bestraft werden. Nebra, den 26. Februar 1930.

Der Magistrat. Meis.

Oberförsterei Ziegelroda

verleiht Freitag, den 7. März, von 9 Uhr ab im Gasthaus „Zur Gasse“ in Nebra Brennholz. Alter Einfloß: Dbr. 6, 10 = 36 rm Eigen-Scheit und Knorzel. Neuer Einfloß: Dbr. 14 = 53 rm Eigen-Scheit und Knorzel, 162 rm Buchen-Scheit, 110 rm Knorzel, 46 rm Reis l. Kantpreise bis zu 50 RM, sind im Termin vor zu zahlen.

Der Jungstahlhelm

veranstaltet am Sonnabend, den 1. März 1930, abends 8 1/2 Uhr in Vitzsburg im „Schmiedehaus“ einen

Kompagnie-Ball

verbunden mit Theatervorführung. Freunde und Gönner sind hierzu herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Bahnhof Nebra

Sonntag, den 2. März, von nachm. 2.15 Uhr an
Grosser Preisskat

Achtung! Achtung!
Im Preussischen Hof, Nebra

findet am Sonnabend, den 1. März 1930, eine öffentliche Boxveranstaltung mit zahlreicher Boxkämpfe statt. Austragung der Vereinsmeisterkämpfe. Anstehend **TANZ**. Hierzu laden wir alle Sportfreunde und Gönner von Nebra und Umgebung herzlich ein.
Der Boxklub 1929 Freyburg a. U.
Eintritt 0.50 Ml. Beginn 8 Uhr.

Ohne Reklame kein Geschäft!

Hueburg. Im Gebirge tödlich abgestürzt. Einer der bekanntesten deutschen Hochalpinisten der Reichsbahninspektor Leopold Brandner aus Lindau, ist in Santa Maria an der schweizerisch-italienischen Grenze auf einer Gittour im Alter von 55 Jahren tödlich abgestürzt.

Weimar. Unter falschem Verdacht. Auf dem Rathaus in Kellau am Kniphauer waren vor einigen Jahren für 60 000 Mark Aktien, die der Stadt gehörten, gelohnt worden. Der Küllermesser Wehling wurde damals der Unterschlagung verdächtigt. Aber bei weiterer Untersuchung ungeöffnet gebliebenen Kassetten das vermehrte Aktienpaket gefunden worden.

Schwerin. Ein Großherzog aus Zeitungsverleger. Vor dem Amtsgericht Schwerin erfolgte die Zwangsversteigerung der Verlagsgiraffe Dietrich & Co. (Kommanditgesellschaft, Mecklenburg-Nachrichten). Das Versteigerungsamt wurde von dem früheren Mecklenburg-Schweringischen Großherzog Friedrich Franz IV. mit 60 000 Mark abgegeben. Der Zuschlagtermin ist auf den 4. 3. mittags 12 Uhr festgelegt.

Saarbrücken. Schwere Frostschaden im Saargebiet. Die vor 14 Tagen plötzlich aufgetretenen Frostschäden mit demen Raubfrost haben, wie jetzt im Bereiche des Saargebietes des Saargebietes schlagartig sich, schweren Schaden angerichtet. Die halb offenen Knospen, insbesondere der Kirschkulturen, sind vollständig erfroren, durch und durch schwarz und hängen nur noch lose an den Zweigen. Wehlnist verhält es sich beim Frühreifeobst und bei den Stadelbeeren.

Köln. 1188000 Mark Fehlbetrag in Sachschaden. Die Stadtverwaltung Köln veranlaßt eine Ueberprüfung über die Finanzlage der Stadt aus der hervorgeht, daß für 1929 ein Fehlbetrag von 11 838 000 Mark ergebnis wird. Der Fehlbetrag wird überwiegend auf den Zuschußbedarf für die Wohlfahrtspflege zurückgeführt, denn dafür allein seien 11 588 000 Mark mehr, als vorgesehen war, ausgegeben worden. Man errechnet den Gesamtschuldbedarf für die Wohlfahrtspflege für das Jahr 1929 auf 60 178 000 Mark, gegenüber 5 333 700 Mark im letzten Vorjahresjahr.

Breslau. Wünderung eines Personenzuges. Nach der Abfahrt eines Personenzuges (wegen nach der Station Kleinöls in Oberloosen zwei mastierte und bewaffnete Männer und forderten mit vorgehaltener Pistole die Herausgabe der Gelder. Die Beamte lieferten über 1600 Mark den beiden Männern aus, dann sprangen diese aus dem schnellfahrenden Zug und verschwand im Dunkel der Nacht.

Breslau. Jugend von heute. Zwei Hochschüler aus Bunzlau und Viegnitz veranfaßten im Zimmer des einen hier eine kleine Hofdamenfeier. Sie hatten den Raum mit

bunten Papierfliegen geschmückt und trugen Papiermützen nach dem Kopf. So wurden sie in dem Saale in ihren Gesängen vergiftet angetunden. Aus einem Abfischbrotchen war nur zu ersehen, daß sie nicht länger weiterleben wollten.

17 Larvenopfer in der verhöhlten Ortshaus geboren. Die Arbeiten zur Freilegung der in den Wärdern von einer Lavine verhöhlten Ortshaus werden mit allen Mitteln fortgesetzt. Es gelang bisher, 17 Larven zu bergen. Ein kleines Kind wurde noch lebend aus dem Ortshaus ausgegraben. Militär und Miliz ist an dem Unglücksort eingetroffen, um die Straßen freizulegen. Die Zahl der Opfer bei dem Schneelawinenunglück beträgt 19 Tote, zwei Schwerverletzte und sieben Leichtverletzte. Die Zahl der verhöhlten Häuser beträgt sich auf 13.

Tödtlicher Mord. Ein Flugzeug, in dem sich die Herzogin Giannetta Carolina d'Andria befand, kürzte aus noch ungeklärter Ursache über dem italienischen Flugplatz Capodoglio ab. Der Pilot und die Herzogin starben kurz nach der Entzündung ins Krankenhaus.

Pension noch aus den Freiheitskriegen. Das Wohlfahrtsministerium hat der Witwe eines alten Kriegsteilnehmers, Mrs. Greenwood, eine Pension ausgesetzt. Ihr Mann hatte im Alter von achtzig Jahren an der Schlacht bei Waterloo teilgenommen und sie hatte im letzten Alter geheiratet, während sie selbst bei der Hochzeit ein ganz junges Mädchen war.

Kündigung der Arbeitslöhne im Baugewerbe.

Eifen, 26. Februar. Vom rheinisch-westfälischen Bauarbeiterverband wird mitgeteilt: Unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftskrise und der katastrophalen Lage des Bauwesens haben sich die Arbeitgeberverbände des gesamten rheinischen Baugewerbes gezwungen gesehen, von dem Kündigungsgesetz Gebrauch zu machen und die zuerst gültigen Bauarbeiterlöhne zum 31. März dieses Jahres zu kündigen. Diese Kündigung der Bauarbeiterlöhne ist auch im Rheinland und in Westfalen erfolgt.

Landwirtschaftliche Katastrophe auf Rügen.

Rattbus, 26. Februar. Die landwirtschaftlichen Betriebe, die von der Preissteigerung auf dem Wege über die Sommerernte und die landwirtschaftliche Einsparung und den daraus resultierenden Strauß gegeben werden, sind bei einer großen Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe kaum kurzfristig getündigt worden. Es sind von dieser Kündigung bisher 30 Güter betroffen worden, wobei es sich allgemein um alteingesessene Landwirte sowie Gutsbesitzer und Pächter handelt. Die gesamte Bevölkerung Rügens ist wegen der bevorstehenden wirtschaftlichen Katastrophe außerordentlich beunruhigt.

Räumungsverkauf!

Vom 27. Febr. bis 8. März
15 Proz. Rabatt auf
Rundböfen
fehlgegangener für Schlafzimmer
R. Barthel.

CHRONIK
VON NEBRA

Heft 1
zum Preise von RM. 1.80
vordrückt. Heft 2 und Folge
infort nach Erscheinen lieferbar.
Walter Scharf, Nebra.

Weiße Zähne

anden Lebensmittelpfeifen und
licht. Er kann durch einmaliges
Bürsten mit der hierzu erfindungsgemäßen
Chlorodont-Zahnpaste
Zahnpaste erziehen Sie einen
wunderbaren Glanz und
glänzender, gleichzeitiger Reinigung der
Zähne, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Reinigung der
besitz eigenen konzentrierten Chlorodont-Zahnbürste mit ge-
schliffenen Borstenköpfen. Feinere Borstenköpfe in der Zahnpastenscheibe
säumen als Ursache des allen Mundgeruchs weichen reifen damit
beständig. Chlorodont-Zahnpaste, Mundwolle, Zahnbürste Ein-
heitspreis je 1 RM. in beliebiger Menge nach geheimer Preisliste
in allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

„ZUR BURG“
Sonntag abend (2. März)
Kaffeekränzchen
Hierzu laden freundlichst ein
Oswald Möder und Frau.
In den oberen Räumen
Dienbetrieb

Drucksachen
liefert prompt und preiswert die
aller Art
für alle Geschäftszwecke
für jeden Privatbedarf
in besten Ausführungen
Buchdruckerei Wilh. Sauer



**Automobilisten!
Kraftfahrer!**

Am Freitag, den 28. Februar, abends 8 Uhr hält Herr Ingenieur Jantsch von der L.G. FARBEN-INDUSTRIE A.G. Ludwigshafen a. Rh. im Saale des Gasthauses „Deutsches Haus“ in Roßleben einen

Vortrag
mit Lichtbildern u. Experimenten über
Neuere Autokraftstoffe

Wir laden zu diesem interessanten Vortrag, für den kein Eintrittsgeld erhoben wird, jedermann, auch Nichtmitglieder ein
Motorsportklub Rossleben (A.D.A.C.)

Kultur des Hauses
zu pflegen

Es jeder gebildete Mensch betrifft. Freunde der Kunst werden sich mit Vorliebe der guten Musik widmen. Anderen bereiten schöne Dichtungen Stunden reinen Genusses. Wieder andere wollen die Heimat oder auch fremde Länder durch gute Reisebeschreibungen kennenlernen oder durch physikalische Vorlesungen guten Bannmen. Jeder pflegt auf seine Weise Kultur, und allen geben „Westermanns Monatshefte“ die reichste und vielseitigste Anregung für nur 2,- monatlich.
Die wertvollen Aufsätze, die Westermanns Monatshefte ohne Vergleich des Bezugspreises belegen, geben gesammelt einen die ganze Welt umfassenden Atlas. Bei Einzahlung von 30 Mf. für Porto senden Ihnen der Verlag von Westermanns Monatsheften, Braunschweig, ein Probeheft mit 50 bis 60 bunten und einfarbigen Bildern, etwa 6 Kunstdrucke und einer Probekarte von Westermanns Monatshefte-Atlas Postenslos.

Photograph BACH
Reinsdorf b. Vitzsburg
empfiehlt sich für
photograph. Aufnahmen
jeder Art.
Komme auf Wunsch ins Haus. — Fernspr. Amt Nebra 197

Nebröer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Kögleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kögleben.
Geschäftsstelle in Nebrö: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Kögleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen sollen: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf. Einlagenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebrö — Bankverein Artern.

Nr 25

Donnerstag, den 27. Februar 1930

43. Jahrgang

Ein Volk in zwei Staaten.

Schöbers Berliner Besuch.

„Drei Tage hat der österreichische Bundeskanzler Schöber in Berlin mit der Reichsregierung zugebracht. Es ist nicht das erstemal, daß der österreichische Regierungschef die Hauptstadt des Reiches aufsucht. Auch deutsche Kanzler haben oft genug den Weg nach Wien gesucht und gefunden. Kein Wunder. Denn der Berliner Vertrag kann zwar die politischen Schlagbäume mit Gewalt aufrechterhalten, aber er kann nicht verhindern, daß — wo nur irgend möglich — diese Schranken übergangen werden. Zu viel und doch zu wenig haben die Deutschen diesseits und jenseits dieser Schlagbäume immer wieder dem Willen Ausdruck gegeben, ein Volk, eine Kulturgemeinschaft zu sein, zu bleiben und zu werden.“

Wenn Schöber nach seiner Fahrt nach Rom jetzt seinen Fuß nach Berlin gelenkt hat, so ist das nur die Bestätigung dafür, daß an diesem Volke auch im österreichischen Sinne sich nichts geändert hat. Daß man heute nur um so härter zueinander sieht als ein Sozialist uns verbindet, das mit dem Kriegsende durchaus nicht seinen Abstieg gefunden hat. Schöber hat in seiner Kundgebung auf diese Schicksalsverbundenheit hingewiesen und auch davon gesprochen, daß die vielen tausend Wunden, die uns die letzten 16 Jahre gezeichnet haben, daß ebenso wie die Not des Krieges, das Glanz der Nachkriegszeit uns nur noch in höherem Maße einander nähergebracht hat.

Die Nachkriegszeit und auch die nächste Zukunft sind noch ausgefüllt mit der mühseligen Arbeit an der Wiederaufrichtung dessen, was die Kriegskatastrophe an kulturellem und materiellem Wohl der deutschen Nation vernichtet hat. Diese deutsche Nation aber ist und bleibt, solange der Mann mit dem Verstand die Schlagbäume bestehen läßt, ein Volk in zwei Staaten. Wie lange noch? Mancher hatte geglaubt, daß die Zeit nicht soiger diesen Mann zu befehlen wird. Vielleicht wird die Geduld noch auf harte Proben gestellt. Aber was tut's? In der Volksgemeinschaft der beiden Bruderstaaten, die immer wieder der österreichischen Besuchen in Deutschland und bei deutschen Besuchen in Osterreich, und zwar nicht nur bei den Besuchen der Staatsmänner, ihren lebendigen Ausdruck der Begeisterung findet, kann nicht gerüttelt werden.

Der Berliner Besuch des Bundeskanzlers trug aber nicht nur den Charakter volksfamiliärer Verbundenheit. Er hatte eine politische Aufgabe zu erfüllen. Die Wirtschaftsverbindungen zwischen den beiden Völkern verlangen nach einer Neuregelung, die jetzt vor dem Abbruch steht. Schöber hat in der Reichstagskammer am Sonnabend und am Montag darüber Verhandlungen geführt, die schließlich eine Einigung über die wichtigsten Grundzüge dieses deutsch-österreichischen Handelsvertrages brachte. Eine Einigung, die die Parapherierung und das Inkrafttreten dieses Wirtschaftsvertrages in unmittelbare Nähe gerückt hat. Wenn man nach die Verhandlung der Genfer Zolltarifkonferenz formal abwarten will, so deshalb, weil die Zolltarife noch dem Ergebnis dieser Zolltarifkonferenz nicht unbeeinträchtigt bleiben können.

Wie auch der deutsch-österreichische Handelsvertrag im einzelnen schließlich aussehen mag, er kann nur eine weitere Etappe auf dem Wege einer Vereinfachung aller Schranken sein, die noch zwischen Deutschland und Osterreich bestehen. Daneben und darüber hinweg wird sich jene Angleichung zwischen Deutschland und Osterreich weiter den Weg bahnen, die auf kulturellem Gebiet längst vollzogen ist, und die auch auf dem Gebiete der Rechtspflege immer weitere Fortschritte macht. Ein österreichisches Blatt hat davon gesprochen, daß Schöber durch den Abschluß des Vertrages mit Italien die große Aufgabe Osterreichs erfüllt habe, die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien weiter gütlich zu gestalten. Man preiß die Volkst, die zwar nicht Mittler, aber Träger eines guten Geistes sein will.

Schöber ist jetzt wieder nach Wien zurückgekehrt. Die Eindrücke, die er aus Deutschland mitnimmt, können, das hat er selbst ausgesprochen, nur flüchtig sein. Denn ein so kurzer Besuch eines Staatsmannes, angefüllt mit einem lebendigen aellthümlicher Empfinden, bietet keine oder nur wenig Möglichkeiten, den Kontakt persönlicher Art herzustellen, den man bei beiden Regierungen eines Volkes nur wünschen kann. Schöber scheint die Absicht zu haben, diesem flüchtigen Besuch einen intensiveren folgen zu lassen. Er wird dabei, wenn er sich über die Gefühle der Reichsdeutschen ein lauteses Wort noch sagen will und wenn er vor allem die wirtschaftlichen Fragen daraufhin prüfen will, ob sie zwischen Osterreich und Deutschland nicht noch enger geknüpft werden können, die gleiche herliche Aufnahme finden. Vielleicht wird bei der neuen Gelegenheit auch die Mög-

lichkeit gegeben sein, die Frage, die allen auf der Junge schwebte, die die ganzen Verhandlungen unausgesprochen beherrschte, auf die jeder bei uns in Deutschland, jeder drüben in Osterreich wartete, zu ventillieren, die Frage, wann denn nun endlich die schwarzgelben Grenzschiffe fallen, wann endlich aus dem Volk in zwei Staaten, das eine, das große deutsche Vaterland sich erhebe. Gewiß steht der selbstverständlichen Forderung der Berliner Vertrag entgegen, aber wie so manches an diesem Dokument des Friedens und der Ungerechtigkeit schon geändert worden ist, wird der Paragraph fallen, der der Vereinigung widerstrebt, wird weichen, weil Recht und Gerechtigkeit im „Zeitakter der Völkervereinigung“ endlich triumphieren müssen.

Deutsch-österreichischer Handelsvertrag.

Die politischen Beziehungen zwischen dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Schöber und der deutschen Reichsregierung wurden in der Reichstagskammer zu Ende geführt.

An den Besprechungen, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Müller stattfanden, nahm der gleiche Kreis von Teilnehmern wie am vergangenen Sonnabend teil. Der Sitzung waren Einzelgesprächen wirtschaftspolitischer Art vorausgegangen. Auf dieser Grundlage konnte in der Aussprache über den geplanten Handelsvertrag zwischen Osterreich und Deutschland eine Einigung über die wichtigsten bisher noch offenen Fragen erzielt werden.

Es kann daher mit Bestimmtheit erwartet werden, daß der deutsch-österreichische Handelsvertrag binnen kurzem zum Abschluß gelangen wird. Die noch zu vereinbarenden Einzelfragen werden sofort nach Beendigung der Genfer Zolltarifkonferenz durch die beiden Abordnungen erledigt werden.

Chautemps gestürzt Ende des Fünf-Tage-Kabinetts

Paris, 26. Februar.

Das neue französische Kabinett Chautemps, das nun gerade fünf Tage am Ruder war, ist in seiner ersten Kammerschlacht gescheitert worden. Chautemps stellte bei einer Frage über die Tagesordnung die Vertrauensfrage und wurde dabei mit 292 gegen 277 Stimmen niedergestürzt. Unmittelbar darauf trat das Kabinett zurück und begab sich nach am Abend zum Präsidenten der Republik, um ihn die Demission zu überreichen.

Schon die Debatte, die sich über die Regierungserklärung Chautemps entspann, ließ erahnen, daß das Kabinett einen schwächeren Stand haben würde. So warf ihm schon der erste Interpellant, der Abg. Paul Renaud, der der Fraktion Maginot angehört, vor, daß Chautemps sich bei der Regierungsbildung selbst verlegt habe. Der linksabstrale Abg. Schreus erklärte, daß die fünf Abgeordneten der radikalen Fraktion, die der Regierung angehören, ihre Fraktion nicht vorher befragt hätten und daher nicht auf Unterstützung rechnen dürften. Im Laufe der Beratungen ergriff Chautemps selbst das Wort zu einer langen Verteidigungsrede. In der er auf sein, wie er selbst sagte, beschriebenes Arbeitsprogramm hinwies und jene radikalsten Abgeordneten, die mit zu Tardieuus Sturz geholfen hätten, beschwor, sich wenigstens der Stimme zu enthalten. Diese Beschwörungen hatten jedoch keinen Erfolg, und die Kammer nahm die erste Gelegenheit wahr, um den Sturz des Kabinetts zu befehlen.

Das Völkerbundesekretariat.

Deutsche als Beamte beim Völkerbund.

Berlin, 26. Februar.

Angesichts der Erörterungen über die Belegung der leitenden Beamtenstellen des Völkerbundes wird eine Uebersicht über die Deutschen, die leitende Stellen beim Völkerbund innehaben, veröffentlicht.

Als Untergeneralsekretär ist der frühere Seconde Zuhner-Genove tätig. An der politischen Abteilung wird Deutschland durch Herrn Reiche-Fink vertreten, in der Rechtsabteilung durch Herrn Karandon, in der Wirtschaftsabteilung durch Herrn Bredt, die Herren Weg und Hüflein, in der Abrüstungsabteilung Herren Holba. Die Abteilung für geistige Zusammenarbeit leitet Herr von Schmieden, in der Verkehrsabteilung ist Herr Mettenrich, in der Hygienabteilung Professor Eilen und in der Publikationsabteilung Herr Schabert tätig.

Das deutsche Mitglied der Informationsabteilung, Herr, ist, wie mitgeteilt wurde, ausgeschieden. Das Berliner Büro der Informationsabteilung des Völkerbundes leitet Dr. Terhan.

Die dritte Lesung des Youngplans.

Reichsregierung und Entwörfer.

Berlin, 26. Februar.

Erst nach Rückkehr des Reichsfinanzministers Moldenhauer, der zu einem kurzen Aufenthalt nach Köln gereist ist,

wird die endgültige Formulierung des Vorschlages des Reichsfinanzministers über die Deudungsfrage erlogen. Reichsfinanzminister Dietrich ist ebenfalls aus Genf in Berlin wieder eingetroffen, um bei den wichtigen Kabinettsentscheidungen dieser Woche anwesend zu sein. Wie verlautet, wird die Regierung vor sich aus jedenfalls daran festhalten, daß über die Deudungsfrage vor Abschluß des Youngplans Klarheit geschaffen wird.

Wann zeitlich die zweite und dritte Lesung der Younggelehe im Reichstag stattfinden kann, läßt sich im Augenblick überhaupt noch nicht übersehen. Alle Voraussicht nach werden die vereinigten Ausschüsse noch bis zum Ende der Woche mit ihren Beratungen zu tun haben. Die vorgezeichnete Pause in der Rechtsabteilung wird wahrscheinlich nicht voll zur Auswirkung kommen, sondern in politischen Kreisen wird damit gerechnet, daß die zweite Lesung am Donnerstag der nächsten Woche beginnt. Ob die dritte Lesung sich unmittelbar danach anbahnt oder zu welchem Zeitpunkt sie stattfinden wird, das ist vorläufig noch vollkommen unübersichtlich, da diese Frage ja im Zusammenhang mit der Einigung über die Finanzfrage steht.

Kampf um das Polenabkommen.

Der Ausschuss zur Beratung der Younggelehe.

Berlin, 26. Februar.

Die vereinigten Reichstagsausschüsse zur Beratung des Youngplans führten die vertrauliche Beratung des Polenabkommens zu Ende. Im Mittelpunkt der Erörterung stand die Einigungsfrage. Daneben wurde weiter die Frage besprochen, ob das Polenabkommen von der Erledigung der übrigen Younggelehe abgetrennt werden soll.

Die Reichsregierung setzte dabei dem Ausschuss die politischen Gründe auseinander, aus denen sie an einer gleichzeitigen Erledigung des Polenabkommens unbedingt festhält, obwohl sie noch nie vor dem Standpunkt vertritt, daß ein rechtlicher Zusammenhang nicht besteht. Die Abstimmung über das Polenabkommen wird im Ausschuss erst am Schluß der gesamten Beratungen zusammen mit der Beratung über den ganzen Youngplan stattfinden.

Die Arbeiten des Ausschusses werden mindestens noch bis Donnerstag abend dauern. Vergegenwärtigt man sich nun, daß die zweite Lesung der Younggelehe bis zum Donnerstag nächster Woche beginnt, so wird die dritte Lesung der Younggelehe am Donnerstag nächster Woche beginnen. Die endgültige Disposition über die Abfertigung noch zu treffen haben, der wahrscheinlich am Mittwoch zusammentritt.

Die Rechnuna des Reichsfinanzministers.

Verzögerung der Fälligkeitstermine. — Die Länderüberweisungen.

Berlin, 26. Februar.

Nach der Rückkehr des Reichsfinanzministers Moldenhauer ist man im Reichsfinanzministerium mit der endgültigen Formulierung der Vorschläge beschäftigt, über die die Reichsregierung endgültig zu entscheiden haben wird. Es geht um die Fälligkeitstermine der Länderüberweisungen, die dem Reich zufließen, und die dem Reich zufließenden Steuern, die bei der Umschuldung des Reiches in Höhe von 200 Millionen auf die Länder übertragen werden sollen. Die Länderüberweisungen sind in der Fälligkeitstermine, die bei den Fälligkeitsterminen, die jedoch nicht naturgemäß eine große Rolle, aber eine erhebliche Rolle spielen, aus der Fälligkeitstermine der Umschuldung des Reiches zufließen werden.

Die dritte Lesung des Youngplans.

Reichsregierung und Entwörfer.

Berlin, 26. Februar.

Erst nach Rückkehr des Reichsfinanzministers Moldenhauer, der zu einem kurzen Aufenthalt nach Köln gereist ist,

wird die endgültige Formulierung des Vorschlages des Reichsfinanzministers über die Deudungsfrage erlogen. Reichsfinanzminister Dietrich ist ebenfalls aus Genf in Berlin wieder eingetroffen, um bei den wichtigen Kabinettsentscheidungen dieser Woche anwesend zu sein. Wie verlautet, wird die Regierung vor sich aus jedenfalls daran festhalten, daß über die Deudungsfrage vor Abschluß des Youngplans Klarheit geschaffen wird.

Wann zeitlich die zweite und dritte Lesung der Younggelehe im Reichstag stattfinden kann, läßt sich im Augenblick überhaupt noch nicht übersehen. Alle Voraussicht nach werden die vereinigten Ausschüsse noch bis zum Ende der Woche mit ihren Beratungen zu tun haben. Die vorgezeichnete Pause in der Rechtsabteilung wird wahrscheinlich nicht voll zur Auswirkung kommen, sondern in politischen Kreisen wird damit gerechnet, daß die zweite Lesung am Donnerstag der nächsten Woche beginnt. Ob die dritte Lesung sich unmittelbar danach anbahnt oder zu welchem Zeitpunkt sie stattfinden wird, das ist vorläufig noch vollkommen unübersichtlich, da diese Frage ja im Zusammenhang mit der Einigung über die Finanzfrage steht.